

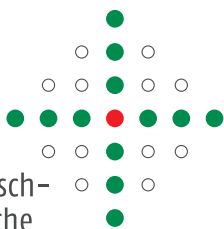
Themenblatt

AnkER-Zentrum

Was bedeutet das?

Was heißt das für die Kirchgemeinde vor Ort?





Evangelisch-
Lutherische
Landeskirche
Sachsens

An diesem Themenblatt haben mitgewirkt:

Ramona Baldermann-Ifland, Leipzig

Michael Beyerlein, Bautzen

Albrecht Engelmann, Dresden

Andreas Gräßer, Plauen

Detlef Köhler, Auerbach

Britta Mahlendorff, Chemnitz

Heike Riedel, Glauchau

Rahma Rohleder, Auerbach

Michaela Schoffer, Dresden

Lukas Schöps, Zwickau

Kontakt:

Ev.-Luth. Landeskirche Sachsens

Landeskirchenamt

Der Ausländerbeauftragte

Lukasstraße 6, 01069 Dresden

Tel.: 0351 4692-215

migration@evlks.de

Stand: 15.8.2018

Liebe Pfarrerinnen und Pfarrer, liebe Kirchenvorsteherinnen und Kirchenvorsteher, liebe in der Flüchtlingshilfe engagierte Gemeindeglieder,

mit diesem Themenblatt möchten Mitarbeitende unserer kirchlichen Integrationsarbeit Stellung beziehen zu den jüngsten politischen Entwicklungen in der Asylpolitik, Sie über geplante Veränderungen in der Unterbringung Asylsuchender informieren und Anregungen geben, wie Sie sich damit ganz konkret als Kirche vor Ort auseinandersetzen können.

Gegenwärtig wird das Thema „Asyl“ breit und heftig (sowohl politisch, als auch gesellschaftlich) diskutiert. Hierbei gelingt es bisher kaum, der Komplexität der Sache gerecht zu werden.

Leider müssen wir sehen, dass fachlich fundierte Kritik nicht hinreichend anerkannt und einbezogen wird.

Wir sehen diese aktuellen Entwicklungen mit Sorge. Gleichwohl gilt uns allen die Ermunterung: „Weist die Nachlässigen zurecht, tröstet die Kleinmütigen, tragt die Schwachen, seid geduldig mit jedermann.“ (1. Thess. 5, 14)

Die vergangenen Wochen sind gezeichnet von politischen Schlagworten wie „Masterplan Migration“, „Familiennachzug“, „Orbanisierung Europas“, „Asylstreit“ und „Integration“. Vieles davon jedoch erscheint unausgegoren, geltendes EU-Recht (Dublin-Verfahren) und nationales Verfahrensrecht werden vermischt², und der Blick auf den Schutz des Einzelnen geht verloren.

Grundsätzlich ist zu sagen: die Planungen zielen auf eine Politik der Abwehr von Flüchtlingen, Verschärfungen im Asylrecht und Beschleunigung von Abschiebungen.

Eine Facette betrifft die AnKER-Zentren.

AnkER-Zentren: Das steckt dahinter?

VERFAHRENSSCHRITTE

1. Ankunft und Aufnahme
2. Asylantragstellung
3. Klagebearbeitung
4. Integration
5. Rückführung (Rückkehr)
 - a. freiwillig
 - b. Abschiebung

BETEILIGTE BEHÖRDEN

- a. BAMF
- b. Bundespolizei / Landespolizei
- c. Bundesagentur für Arbeit / Jobcenter
- d. Ausländerbehörden
- e. Verwaltungsgerichte / Amtsgerichte
- f. Sozialbehörden
- g. Jugendämter
- h. Gesundheitsämter

Die aktuelle Informationslage ist dürftig. Öffentliche Aussagen dazu sind nicht konsistent. Der Koalitionsvertrag³ von CDU/CSU und SPD vom Februar 2018 zeigt das Vorhaben, das Asylverfahren effizienter zu gestalten. Es besteht die Idee, die beteiligten Behörden an einem Ort zusammenzuführen und dadurch die konzentrierte und schnelle Bearbeitung der Verfahrensschritte zu erreichen. Die Kurzformel heißt „AnKER“ (**A**nkunft – **E**ntscheidung – (kommunale Verteilung bzw.) **R**ückführung). Zunächst soll diese neue Organisationsform in einer Projektphase getestet werden. Im Mai dieses Jahres kam das politische Signal, dass der Freistaat Sachsen das geplante Pilotprojekt der AnKER-Zentren unterstützt. Damit könnten solche Einrichtungen für bis zu 1.500 Asylsuchende für die gesamte Dauer des Asylverfahrens und zur Einleitung von Abschiebungen geschaffen werden.

Im Freistaat Sachsen soll an dem Standortkonzept der bestehenden Ankunftscentren des BAMF (Chemnitz, Dresden, Leipzig) und den (in Regie des Freistaates) befindlichen Erstaufnahmeeinrichtungen, sowie deren Außenstellen festgehalten werden.

Am 1. August hat nun das BAMF neben den bayerischen Standorten auch den sächsischen Standort in Dresden bestätigt.⁴ So wird das Pilotprojekt zunächst nur in diesen beiden Bundesländern umgesetzt (Sachsen-Anhalt und NRW betreiben eigene „AnKER-ähnliche“ Einrichtungen. Alle anderen Bundesländer machen nicht / noch nicht mit).

Eine für Sachsen darüberhinausgehende mögliche Entwicklung ist, dass ankommende Asylsuchende an den tschechischen und polnischen Grenzen mit dem Argument der „fiktiven Nicht-Einreise“⁵ festgehalten oder im 30-km-Bereich aufgegriffen werden und in einem Zentrum interniert werden. Somit könnte mitten in der Landeshauptstadt eine Transitzone entstehen, die den dort untergebrachten Menschen jegliche Handlungsmöglichkeit und rechtliche Sicherheit nimmt.

AnKER-Zentren stehen in der Kritik

Von verschiedensten Seiten wurde fachliche Kritik zu juristischen, verfahrenstechnischen, sozialen, gesundheitlichen, menschenrechtlichen und integrationspolitischen Aspekten des Vorhabens geäußert. (Eine Auswahl ist am Ende des Themenblattes aufgeführt.)

Schon jetzt werden Asylsuchende in großen Erstaufnahmeeinrichtungen untergebracht, allerdings für maximal 6 Monate. Die in Anker-Zentren vorgesehene längerfristige Unterbringung birgt die Gefahr von Rechtsverletzungen, führt zu Konflikten und sozialer Spaltung⁴⁶.

Dieser Kritik von Caritas und Diakonie schließen wir uns uneingeschränkt an.

Die Unterbringung wäre laut dieser Stellungnahme absolut unzureichend ausgestaltet, da

1. der Fokus auf Rückführung und nicht auf Schutz und Integration liegt;
2. die großen Lager mit bis zu 1.500 Menschen mit beengtem persönlichem Bereich in dieser perspektivlosen Situation für Konfliktpotential sorgen⁷ und als hohe psychische Belastung für den Einzelnen zu werten sind;
3. die lange Aufenthaltsdauer – bis 24 Monate – menschenunwürdig ist;
4. das Kindeswohl nicht ausreichend berücksichtigt wird (es gibt Bestrebungen, auch unbegleitete minderjährige Flüchtlinge hier festzuhalten);
5. der Schulbesuch der Kinder nicht möglich wäre (bislang wird Kindern aus Erstaufnahmeeinrichtungen dieser verwehrt);
6. mit einer unzureichenden medizinischen und psychosozialen Begleitung sowie Seelsorge zu rechnen ist;
7. das Leben Asylsuchender vom Gemeinwesen separiert wird, Kontakte zur einheimischen Bevölkerung durch Zugangsbeschränkungen gehemmt werden und gesellschaftliche Teilhabe nicht möglich ist;
8. keine unabhängige Verfahrens- und Rechtsberatung für die Asylsuchenden ermöglicht wird.

BEISPIEL 1: KINDESWOHL?

Im Mai gab es zahlreiche Unruhen und Schlägereien unter Bewohnern in den Erstaufnahmeeinrichtungen in Dresden. Konsequenz der dort wohnenden Familien: Aus Angst vor möglichen Übergriffen wurden viele Kinder zum Spielen nicht aus den Zimmern gelassen und verbrachten viele Tage völlig verunsichert und ohne kindgemäße Beschäftigung in kahlen Räumen.

BEISPIEL 2: LEBEN IM PROVISORIUM?

Das ehemalige Technische Rathaus auf der Hamburger Straße in Dresden ist als Bürogebäude nicht für die Unterbringung von Menschen konzipiert. Nur interimsmäßig wurde es seit September 2015 diesem Zweck angepasst. Aber noch heute schildern Bewohner unzureichende Sanitäreinrichtungen – zu wenig Toiletten, keine Möglichkeit zum Abschließen der Türen. Nun werden hier ohne ein neues grundlegendes Unterbringungskonzept ein AnKER-Zentrum und nebenan der Ausreisegewahrsam und die Abschiebungshaft entstehen. Ein billiges Provisorium als Dauerlösung?

Ein AnKER-Zentrum auf dem Gemeindegebiet: Das geht uns etwas an!

Uns ist bewusst, dass die Ortsgemeinden, in deren Nähe eine solche Einrichtung errichtet werden wird, in besonderer Weise betroffen sind. Daher richten wir die nachfolgenden Anregungen besonders an sie. Darüber hinaus sehen wir auch für nicht unmittelbar betroffene Kirchgemeinden eine Notwendigkeit, sich gedanklich den aktuellen Entwicklungen in der Asyldiskussion zu stellen.

Für die Auseinandersetzung in Ihrer Kirchgemeinde mit diesem Thema sind uns dabei drei Kernfragen wichtig:

Wie positionieren wir uns als Christen zu Fragen des Flüchtlingsschutzes?

Wo haben wir konkrete Beteiligungsmöglichkeiten vor Ort?

Wie lautet unser Beitrag zum Erhalt des sozialen Friedens?

Wenn ein AnKER-Zentrum auf dem Gemeindegebiet entsteht, brauchen wir:

1. Zeit, Weitblick und Verantwortung

Aus unserer Erfahrung stellt Migration oft nur einen Randbereich in der Gemeindeperspektive dar. Das Thema und die darin liegenden Herausforderungen sind jedoch so wichtig, dass sich jeder Kirchenvorstand damit befassen sollte. Die derzeit stattfindenden Menschenrechtsverletzungen und Verschärfungen im Asylrecht benötigen auch unsere deutliche und mutige Position als Orientierung für die Gemeinde. Eine Gruppe engagierter Gemeindeglieder sollte sich Zeit nehmen und herausarbeiten, was ein AnKER-Zentrum konkret für die eigene Gemeinde bedeuten könnte.

2. *Bewusstseinschärfung*

Die geschilderten Problemfelder rund um AnKER-Zentren brauchen eine Schärfung des Bewusstseins innerhalb der Gemeinde. Machen Sie sich ein eigenes Bild und besuchen Sie die Einrichtung – mit Kirchenvorstand, Ehrenamtlichen und Gemeindegruppen.

3. *Basisdruck*

Sie erleben vor Ort, was große politische Entscheidungen für den einzelnen Menschen bedeuten kann. Wenn Sie Dinge beobachten, die Sie nicht mit dem christlichen Verständnis der Nächstenliebe vereinbaren können – schweigen Sie nicht dazu. Sprechen Sie mit Stadträten, Mitarbeitenden im staatlichen Bereich und Kirchenvertretern. Bitten Sie um deren Einfluss, an den jeweils möglichen Stellen. Laden Sie politische Abgeordnete zum Gespräch in die Kirchgemeinde ein. Unterstützen Sie die Entscheidungsträger durch praktische Hilfe und Gebet.

4. *Austausch und Beratung*

Suchen Sie sich Kooperationspartner und Beratung. Es gibt Gemeinden innerhalb der Sächsischen Landeskirche, die sich ähnlichen Fragen bereits stellen mussten und Ansätze für ein gelingendes Miteinander entwickelten. Auch andere zivilgesellschaftliche Akteure und Mitarbeiter aus den Einrichtungen können für die Ideensuche hinzugezogen werden. Darüber hinaus stehen wir Ihrer Kirchgemeinde gern beratend und moderierend zur Verfügung.

5. *Handwerkszeug für mögliche Szenarien*

Beispiel 3 zeigt ein mögliches Szenarium, das auf Ihre Gemeinde zukommen könnte. Auch wenn solche Situationen in der Theorie nicht vollständig prognostizierbar sind, erscheint eine Auseinandersetzung im Vorfeld erleichternd und gibt Handlungssicherheit. Ein weiteres Szenarium könnte sein, dass sich Ihr Stadtteil zu einem sozialen Brennpunkt entwickelt und Gemeindeglieder deswegen wegziehen möchten. Wie gelingt es der Gemeinde, hier Halt zu geben?

BEISPIEL 3: SZENARIOUM KIRCHENBESETZUNG?

Wenn der persönliche Druck und die Verzweiflung groß sind, versuchen Menschen jeden Strohalm zu ergreifen: Stellen Sie sich vor, dass nach einer Gemeindeveranstaltung ein Mensch auf Sie zu kommt und von unhaltbaren Zuständen im Flüchtlingslager nebenan berichtet. Er wirkt verzweifelt und erschöpft, schaut Ihnen in die Augen und gibt zu verstehen: „Ich geh hier nicht weg, helfen Sie mir“ (solch ein Beispiel gab es in der Sächsischen Landeskirche bereits). Wie gehen Sie damit um?

6. Perspektivwechsel und Blick für den Mehrwert

Könnten wir als Gemeinde in irgendeiner Form davon profitieren, wenn ein solches Zentrum bei uns entsteht?

Welche Chance bietet die Schaffung einer zentralen Einrichtung auch für andere Problemlagen vor Ort?

Ließe sich nicht vielleicht daraus ein Mehrwert für alle daraus ziehen, indem sich lebendige Zentren der Begegnung aus den Gemeinden heraus bilden, neue Initiativen für Tauschläden, Fahrradwerkstatt usw. entstehen?

Wenn es gelingen soll, Beiträge zum sozialen Frieden zu leisten, ist unsere Kreativität gefragt. Die dänische Schriftstellerin Janne Teller hat es so formuliert: „Wir haben alle die Verantwortung für das, was wir beeinflussen können“.

ANMERKUNGEN

1. https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/downloads/DE/veroeffentlichungen/themen/migration/masterplan-migration.pdf?__blob=publicationFile&v=5
2. Vgl. Informationsverbund Asyl und Migration vom 9.7.2018:
<https://www.asyl.net/view/detail/News/stellungnahmen-zu-geplanten-zurueckweisungen-an-der-grenze-und-transitverfahren/>
3. [Ein neuer Aufbruch für Europa Eine neue Dynamik für Deutschland Ein neuer Zusammenhalt für unser Land](#). In: mdr.de. 7. Februar 2018, dort S. 108, (PDF)
4. <http://www.bamf.de/SharedDocs/Meldungen/DE/2018/20180801-am-start-an-ker-einrichtungen.html>
5. Zum Verständnis der „Fiktiven Nichteinreise“:
faktenfinder.tagesschau.de/inland/fiktion-der-nichteinreise-101.html
6. Vgl. Stellungnahme von Diakonie Deutschland und Deutschem Caritasverband zur Innenministerkonferenz vom 28.05.2018:
https://www.diakonie.de/fileadmin/user_upload/_temp_/Diakonie_und_Caritas_zu_Ankerzentren.pdf
7. Positionspapier der Diakonie zur Unterbringung von Geflüchteten Juli 2014:
https://www.interkulturellewoche.de/system/files/hefteintrag/anhang/07_2014_positionen_zu_fluechtlingen_11sep_e.pdf

VERSCHIEDENE STELLUNGNAHMEN [Internetabrufe am 15.08.2018]

Koalitionsvertrag CDU/CSU vom 7.2.2018

[Ein neuer Aufbruch für Europa Eine neue Dynamik für Deutschland Ein neuer Zusammenhalt für unser Land.](#) In: mdr.de. 7. Februar 2018, dort S. 108, (PDF)

Diakonie und Caritas: AnKER-Zentren sind keine Lösung

<https://www.diakonie.de/pressemitteilungen/anker-zentren-sind-keine-loesung/>

24 Verbände und zivilgesellschaftliche Organisationen fordern in einem gemeinsamen offenen Brief, die Rechte und das Wohl von Kindern in der Debatte um die geplanten AnKER-Zentren zu berücksichtigen

https://www.asyl.net/fileadmin/user_upload/publikationen/Stellungnahmen/Gemeinsame_Stellungnahmen/2018-05-25_AnKER_Gem_Erklaerung.pdf (4 Seiten)

Wohlfahrtsverbände in Sachsen lehnen AnKER-Zentren ab

<http://www.diakonie-sachsen.de/aktuell-wohlfahrtsverbaende-lehnen-plaene-fuer-anker-zentren-in-sachsen-ab.html>

Rat für Migration, Kurzstudie

<https://rat-fuer-migration.de/2018/08/07/welche-auswirkungen-haben-anker-zentren/>

Gewerkschaft der Polizei

Ablehnung des Einsatzes der Bundespolizei in sogenannten „AnKER“-Zentren

<https://www.gdp.de/gdp/gdp.nsf/ID/A66D96246FAE2A29C125827A0042342F?Open>

Pro Asyl: Warum AnKER-Zentren eine schlechte Idee sind

<https://www.proasyl.de/hintergrund/warum-ankerzentren-eine-schlechte-idee-sind/>

Republikanischer Anwältinnen- und Anwälteverein e.V. –RAV

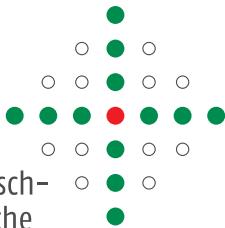
<https://www.rav.de/publikationen/infobriefe/infobrief-115-2018/den-anker-am-hals/>

Präsident des Sächsischen Obergerichts: AnKER-Zentren juristisch zweifelhaft...

<http://www.lvz.de/Region/Mitteldeutschland/Juristisch-zweifelhaft-Gerichtspraesident-kritisiert-Anker-Zentren>

Ev. Kirche in Hessen und Nassau, Ev. Kirche in Kurhessen-Waldeck, Diakonie Hessen

<https://menschen-wie-wir.ekhn.de/projekte/aktion-ankern-statt-zentren.html>



Evangelisch-
Lutherische
Landeskirche
Sachsens

www.evlks.de

